



Pressemitteilung

14.12.2011

Überlässt Landesregierung Beamten die Wohnungspolitik? Kündigungssperrfrist-Verordnung lässt viele Mieter ohne Schutz

Noch in Zeiten der Opposition, aber auch als Landesregierung haben sich SPD und Grüne für eine Kündigungssperrfristverordnung stark gemacht und deren Wiedereinführung im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgelegt. Die Umsetzung erfolgt jedoch halbherzig.

„Der Verordnungsentwurf lässt vor allem die Mieter im Ruhrgebiet ohne Kündigungsschutz. Aber gerade dort drohen in den nächsten Jahren viele Umwandlungen in Eigentumswohnungen, wenn große Wohnungsgesellschaften unwirtschaftliche Bestände über die Umwandlung ein letztes Mal zu Geld machen wollen. Das ist zu Zeiten einer eigens eingerichteten Enquêtekommision für die Probleme unseres Wohnungsmarktes durch Finanzinvestoren widersprüchlich und inkonsequent“, so Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes Nordrhein-Westfalen.

Zuständig für den derzeitigen Verordnungsentwurf ist das Ministerium für Bauen und Wohnen. Dort beruft man sich auf ein Wohnungsmarktgutachten, das für die Erweiterung des Kündigungsschutzes in Gebieten wie dem Ruhrgebiet „einfach nicht mehr hergebe“. Das Gutachten weist allerdings inhaltliche Mängel auf. Die Ergebnisse beruhen auf Indikatoren, die für den Schutzzweck der Verordnung keine Rolle spielen und lassen gleichzeitig wichtige Aspekte außer Acht. Die Mängel sind dem Ministerium bekannt, aber statt nachzubessern, will man möglichst schnell die hausgemachten Fehler hinter sich lassen und per Verordnung manifestieren. Das Parlament merkt von alledem nichts, weil es bei Verordnungen nicht mitwirkt.

„Hier schläft die Landesregierung und überlässt den Beamten die Umsetzung eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen. Morgen, am 15.12.2011, steht die Kündigungssperrfristverordnung auf der Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr. Wir fordern alle Beteiligten auf, wohnungspolitische Verantwortung zu zeigen und diesen Verordnungsentwurf nachzubessern. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht zum Spielball von Umwandlungsspekulanten werden“, so Bernhard von Grünberg abschließend.

Pressekontakt:

Deutscher Mieterbund Nordrhein-Westfalen e.V.

RA'in Elisabeth Gendziorra (Geschäftsführerin)

Oststr. 55, 40211 Düsseldorf

Tel.: 0211/586009-0, Fax: 0211/586009-29, Mobil: 0171/8694219

elisabeth.gendziorra@dmb-nrw.de